

Nahverkehr wird zum Verschiebehof

Brisante Sparpläne bei Bussen und Regionalzügen – Land fürchtet Stilllegungen

Stuttgart – SPD und Grüne streiten um den Nahverkehr. Anlass dafür sind Sparpläne von Bundesverkehrsminister Stolpe ab 2007. Die Grünen und auch die Landesregierung gehen schon jetzt auf die Barrikaden.

VON FRANK SCHWAIBOLD

Es ist nur ein kurzer Aktenvermerk über ein Gespräch zwischen Bundesfinanzminister Hans Eichel und Manfred Stolpe (beide SPD). Doch der Inhalt des Schreibens ist brisant. Offenbar wollen die Minister eine Milliarde Euro im Schienenverkehr umwidmen. Mit dem Geld, das der Bund bisher den Ländern für den Fahrbetrieb von Bussen und Regionalbahnen zur Verfügung stellt, will man Finanzierungslücken beim Schienenbau für den Fernverkehr der Bahn stopfen.

Das Bundesverkehrsministerium hat die Kürzungspläne dementiert. Bis 2007 sei zwischen Bund und Ländern per Gesetz vereinbart, dass die Länder pro Jahr 8,5 Milliarden Euro Bundeszuschuss für die so genannten Regionalisierungsmittel erhalten.

Was allerdings danach kommt, muss neu verhandelt werden. Bei den Ländern ist des-

halb die Sorge groß, dass schon jetzt in Berlin entsprechende Sparpläne für die Zeit nach 2007 vorbereitet werden. „Wer dem Nahverkehr bundesweit eine Milliarde Euro im Jahr entziehen will, beweist völliges Desinteresse an den Belangen von Millionen Nahverkehrsnutzern oder verkehrspolitische Inkompetenz“, wittert Landesverkehrsminister Stefan Mappus (CDU).

Allein für den Südstreit würde dies eine jährliche Finanzierungslücke von 100 Millionen Euro bedeuten. Zwangsläufige Folge wäre „ein weit gehender Stopp“ von Investitionen in neue Gleise, Bahnhöfe, Bus-Haltestellen, Park-and-ride-Parkplätze und Fahrzeuge für den Nahverkehr. Zudem müssten Züge gestrichen werden – „bis hin zu Streckenstilllegungen“, warnt Mappus.

Dabei müssen die Verkehrsunternehmen schon jetzt drastische Einsparungen schließen. Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) hat Zuschusskürzungen für die Fahrt schwerbehinderter Menschen von fast 100 Millionen Euro jährlich ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Dazu kommen Pläne der Föderalismuskommission, die Investitionsförderung nach dem Gemeindever-

kehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) kurzfristig um 330 Millionen Euro zu kürzen.

Auch für den grünen Regierungspartner in Berlin sind die SPD-Pläne ein Affront, kämpfen die Grünen doch für den Ausbau der regionalen Bus- und Bahnnetze. Der Berliner Abgeordnete Albert Schmidt: „Einen solchen Verschiebehof vom Nahverkehr zum Schienenbau machen wir nicht mit.“ Sein Stuttgarter Kollege Boris Palmer kritisiert: „Die angedachten Kürzungen wären der Todesstoß für den Nahverkehr.“ Wenn Stolpe und Eichel sich wirklich darauf geeinigt hätten, „überteuerte ICE-Strecken durch einen Ausbaustopp für den Nahverkehr zu finanzieren“, sei man „in dieser Frage politische Gegner“. Palmer fordert daher, dass der Bund „sauteure und nutzlose Prestigeobjekte“ wie das Bahnhoftprojekt Stuttgart 21 aufgeben solle.

Die Grünen haben zudem im Landtag einen Antrag eingebracht: Die Landesregierung soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass auch über 2007 hinaus ausreichend Regionalisierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Der weitere Ausbau des Nahverkehrs sei „in den wirtschaftsstarke Ballungsräumen des Landes unverzichtbar“.